

Aus: [Ausgabe vom 23.11.2019](#), Seite 6 / Ausland

PROTESTE KOLUMBIEN

Hunderttausende im Streik

Kolumbianer widersetzen sich Einschüchterung und Repression.
Landesweite Blockaden und Großdemonstrationen

Von *Julieta Daza*



Foto: Luisa Gonzalez/REUTERS



So wie hier in der Hauptstadt Bogotá demonstrierten am Donnerstag Hunderttausende im ganzen Land gegen die Regierungspolitik von Präsident Iván Duque

Über 500 Kommunen haben sich am Donnerstag in Kolumbien einem Aufruf zum Generalstreik angeschlossen. Wie das »Nationale Komitee für den Generalstreik« am Abend auf der dafür eingerichteten Webseite »paronacional.com« mitteilte, habe sich »ein neues Kolumbien« gezeigt. Mehrere hunderttausend Menschen hatten sich in der Hauptstadt Bogotá und anderen Großstädten wie auch in den ländlichen Regionen an Großdemonstrationen und Aktionen beteiligt. Der Verkehr kam in den Städten und auf den großen Verbindungsstraßen durch die Streiks und Blockaden zum Erliegen. Aufgerufen zu den landesweiten Protesten hatten neben verschiedenen Gewerkschaften auch Bauernorganisationen, indigene und afrokolumbianische Verbände, Frauenbewegungen, politische Parteien und Künstler- und Rentnervereinigungen.

Polizei und Militär, insbesondere die auf die Niederschlagung von Aufständen spezialisierte Einheit »Esmad«, gingen gewaltsam gegen die Demonstranten vor, unter anderem mit Tränengas. In den »sozialen Netzwerken« wurden Videos veröffentlicht, auf denen zu sehen ist, wie die Einsatzkräfte vor allem Jugendliche und Studenten verletzen. Der Gewerkschafter Carlos Alberto Garay konstatierte am Donnerstag gegenüber *junge Welt*: »Es ist nur dort zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, wo auch die Esmad präsent war«. In der Großstadt Cali verhängte Bürgermeister Maurice Armitage laut *Telesur* (online) eine Ausgangssperre ab 19 Uhr mit der Begründung, dass es zu Vandalismus und Plünderungen gekommen sei.

Die Protestaktionen, die laut Organisatoren weiter anhalten werden, richten sich gegen mehrere Sozial- und Wirtschaftsreformen, die derzeit von der kolumbianischen Regierung diskutiert werden. Unter anderem soll der Mindestlohn für junge Beschäftigte um 25 Prozent gesenkt werden, Steuern für Großkonzerne gekürzt, für Arbeiter jedoch angehoben werden. Zudem sollen die Renten beschnitten und mehrere nationale Unternehmen, vor allem im Energiebereich, privatisiert werden. Für das »Nationale Komitee«, zu dem sich am 30. Oktober über 40 Gewerkschaften und soziale Organisationen zusammengeschlossen hatten, ist dieser neoliberale Umbau eine zwangsläufige Folge des Eintritts Kolumbiens in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im vergangenen Jahr, wie es in dessen erstem Kommuniqué hieß.

ANZEIGE



Am Donnerstag wurde auch gegen die Nichteinhaltung des 2016 mit der Guerillaorganisation FARC-EP geschlossenen Friedensabkommens demonstriert und gegen die Verletzung von weiteren Vereinbarungen, die Duque mit Arbeitern, Studenten, Bauern und indigenen Gemeinden eingegangen war. Ebenso wurde das Recht auf Demonstrationsfreiheit eingefordert, denn schon im Vorfeld hatte es unter

anderem in Bogotá, Cali und Medellín Hausdurchsuchungen und Festnahmen gegeben. Die Maßnahmen richteten sich gegen Mitglieder linker Organisationen und Gewerkschaften, so wurde die Parteizentrale der Kommunistischen Partei und die der linken »Unión Patriótica« in Palmira durchsucht, wie *Telesur* am 11. Oktober berichtete. Am Donnerstag nachmittag veröffentlichte die Zeitung *Semana* (online) Äußerungen des Generalstaatsanwalts Fabio Espitia, denen zufolge mehrere dieser Hausdurchsuchungen illegal gewesen waren.

Neben einer verstärkten Polizei- und Militärpräsenz war vor dem Generalstreik auch die Grenze Kolumbiens geschlossen worden. Dem »Nationalen Komitee« zufolge hatten all diese Maßnahmen das Ziel, die Demonstranten einzuschüchtern, repressiv gegen diese vorzugehen und quasi nebenbei das Nachbarland Venezuela und dessen progressive Regierung zu stigmatisieren. In vielen Städten weltweit, unter anderen in Caracas, Buenos Aires, Berlin, Frankfurt, London und Barcelona, gab es jedoch Solidaritätsveranstaltungen. Und auf den Demonstrationen in Kolumbien war an vielen Orten die Flagge der indigenen Bevölkerung, die Wiphala-Fahne, zu sehen, die in Bolivien seit zehn Jahren als Emblem der Nationalflagge gleichgestellt ist.



[Artikel empfehlen](#)

Debatte

Debattieren Sie über diesen Artikel: [Schreiben Sie einen Beitrag](#)

[Ähnliche](#) [Regio](#)

Ähnliche:



27.04.2019
Rebellion gegen Duque

Generalstreik in Kolumbien: Gewerkschaften fordern Frieden und protestieren gegen Armut. Linke Abgeordnete aus Parlament ausgeschlossen



25.04.2019
Generalstreik für Frieden

Kolumbiens Gewerkschaften und Bewegungen rufen zu landesweitem Protesttag auf. Gegen Sozialabbau und Morde an Oppositionellen



15.03.2019
Panamericana blockiert

Kolumbien: Zentrale Straßen besetzt, Generalstreiks angekündigt. Indigene fordern Frieden

Mehr aus: **Ausland**

Für Netanjahu wird es eng vom 23.11.2019

Rechter Favorit in Uruguay vom 23.11.2019

Aufs Ganze gehen vom 23.11.2019

Zwist unter Brüdern vom 23.11.2019

»Es waren unglaublich viele Todesfälle in so kurzer Zeit« vom 23.11.2019

ANZEIGE

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
Onlineabo

Hier bestellen!

Sofortiger Zugang zu allen Artikeln und Beilagen. Downloads, Mailausgabe, Features, das ganze Archiv

jw

SERVICE

[ABOSERVICE](#) / [WERBEN](#) / [SHOP](#) / [KIOSKFINDER](#) / [TERMINKALENDER](#) / [AGB](#) / [KONTAKT](#) / [HILFE](#) / [ÜBER UNS](#) / [JOBS](#)

PROJEKTE

[LADENGALERIE](#) / [ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ](#) / [MELODIE UND RHYTHMUS](#) / [BLENDE](#) / [GRANMA](#)

UNTERSTÜTZEN

[GENOSSENSCHAFT](#) / [AKTION](#) / [SPENDEN](#)

